

Über die Politik der Repräsentation postkapitalistischer Differenz

Esra Erdem

Esra Erdem: esra.erdem@ash-berlin.eu

Der Vortrag befasst sich theoretisch vertiefend mit dem Begriff der kapitalistischen „Umarmung“. Ausgehend von Gibson-Grahams Postkapitalismusansatz und Foucaults Begriff der Heterotopie wird der Frage nachgegangen, wie die Resilienz bzw. Fragilität postkapitalistischer Räume im Spannungsfeld zwischen dem Aufbegehren gegen die kapitalistische Logik und der Verwobenheit mit den vorherrschenden ökonomischen Strukturen theoretisch gedacht werden kann.

Ausgangspunkt ist der Text „Andere Räume“ von Foucault, der auf einem Vortrag im Jahr 1967 basiert. Hier bezeichnet er Heterotopie als einen Ort an dem die gesellschaftliche Ordnung angefochten bzw. umgekehrt wird, gleichzeitig aber stets präsent bleibt. Die heterotopische Perspektive ermöglicht ein theoretisch komplexes Verständnis von Differenz, das durch Ambivalenzen, Widersprüchen, Aneignungen und "Umarmungen" gekennzeichnet ist. Obwohl der Text sich nicht explizit mit dem ökonomischen Feld befasst, ist er mit Hinblick auf die o.g. Fragestellung aufschlussreich. Um den Bezug zum Postkapitalismus herzustellen, bedarf es jedoch einer geeigneten ökonomietheoretischen Grundlage.

Der Ansatz des „queering the economy“, den Gibson-Graham in dem 2006 veröffentlichten Buch „A Postcapitalist Politics“ entwickelt, eignet sich für eine heterotopische Perspektive insofern als dass er (i) gängige Kategorien und Repräsentationen des Ökonomischen radikal infrage stellt und Differenz als immanente Kategorie des Ökonomischen markiert; (ii) die Konturen eines alternativen ökonomischen Diskurses zeichnet, der die kontingente Vielfalt ökonomischer Praktiken, Räume, Subjekte und Logiken sichtbar macht und diese nicht als Nischen, Stützen bzw. Übergangsformen des Kapitalismus marginalisiert; (iii) postkapitalistische Initiativen als experimentelle Denk- und Handlungsräume statt als Blaupause für eine utopische Wirtschaftsordnung begreift.

Mit Foucault und Gibson-Graham öffnet sich somit ein theoretischer Rahmen, der die Frage der Repräsentation des Ökonomischen mit Fragen der Handlungsmacht ökonomischer Subjekte und ihren kollektiven Aushandlungsstrategien angesichts ethischer, ökologischer und sozialer Herausforderungen verknüpft.

Zur Absorption ökologischer Kapitalismuskritik in der deutschen Energiewende

Gregor Kungl

Gregor Kungl: gregor.kungl@sowi.uni-stuttgart.de

In meinem Vortrag möchte ich am Beispiel der nachhaltigen Transformation des deutschen Elektrizitätssystems (1986-2018) der Frage nachgehen, inwieweit ökologische Kapitalismuskritik zu einer Stabilisierung der bestehenden, kapitalistischen Wirtschaftsordnung beigetragen hat.

Dazu werde ich in einem ersten Schritt aufzeigen, dass der Umbau der deutschen Energieversorgung im zeitlichen Verlauf immer stärker von kapitalistischen Merkmalen geprägt war. In einem zweiten Schritt möchte ich wesentliche Aktivitäten der Umweltbewegung vorstellen und nachzeichnen, dass diese, trotz der Zielsetzung eine dezentral organisierte, nachhaltige Energieversorgung voranzubringen, immer wieder unintendiert zu einer Stabilisierung der bestehenden Ordnung beigetragen haben.

Die zunehmend kapitalistisch geprägte Umsetzung der Energiewende zeigt sich (1) in einer Veränderung der Akteursstruktur der erneuerbaren Energien Branche hin zu einer vermehrten Beteiligung privatwirtschaftlicher Akteure, (2) in der wachsenden Bedeutung ökonomischer Leitmotive innerhalb der erneuerbare-Energien-Branche, sowie (3) in einer zunehmend marktwirtschaftlichen Ausrichtung der Förderinstrumente für erneuerbare Energien verbunden mit der Schaffung von neuen Märkten für vormals nicht marktlich gehandelte Produkte (Emissionshandel, Kapazitätsmärkte).

Darüber hinaus zeigt sich, dass die Aktivitäten der deutschen Umweltbewegung – trotz offenkundiger Erfolge – in einigen Fällen zu einer unbeabsichtigten Stabilisierung des bestehenden Systems beigetragen haben. Insbesondere der Atomausstieg nach Fukushima sowie das Verhindern zahlreicher geplanter neuer Kohlekraftwerke Mitte der 2000er Jahre hatten längerfristig systemstabilisierende Nebenwirkungen. Beide Entwicklungen schwächten die existentielle Krise, der die großen Versorger ab 2012 ausgesetzt waren, deutlich ab und erleichterten so deren Fortbestehen.

Während die Energiewende ursprünglich aus dem Geist der Kritik an Großkonzernen und den Externalitäten einer kapitalistischen Wachstumsdoktrin hervorging, lässt sich also im Zeitverlauf eine zunehmende Aneignung und Verwertung ökologischer Leitbilder nach kapitalistischen Prinzipien beobachten, welche letztlich dazu beigetragen hat, die Legitimität der bestehenden Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten.

Performing seriousness in a context of organizational and technological lock-in: tales of responsiveness to climate change in the oil & gas industry

Pierre-Louis Choquet

Pierre-Louis Choquet: pierrelouischoquet@gmail.com

In this paper, I reconstruct the emergence of a 'climate imaginary' in a leading European major of the oil & gas industry, and highlight how its progressive deployment in the corporate realm has enabled to consolidate corporate legitimacy in a time when the extraction of fossil fuels has become largely contested. By officially acknowledging the anthropogenic origin of climate change and by affirming that it 'takes science' seriously, the firm has sought to make sense of this phenomenon by interpreting it as both a technological challenge and a business opportunity. This type of response is typically aligned with the 'ecological modernisation' paradigm, which has had – and still has – a decisive importance in legitimizing strategies of accumulation that disrupt the Earth's biogeochemical cycles against more radical critiques coming from civil society. In this respect, the diffusion of a climate imaginary holding together the business-as-usual the 2°C target contributes to bolstering existing power positions by limiting access to cognitive resources that could spark potential countermovements.

The critique of the corporate climate imaginary thus paves the way to a broader critique of how discourse and power are interlinked in contemporary capitalist societies; on a more theoretical level, it enables to highlight the complementarity of Foucauldian and Marxian frameworks when it comes to analysing intra-firm social dynamics, as well as their external effects.

Social Impact Bonds, Wohlfahrtskonventionen und die Umarmung der Kritik.

Lisa Knoll, Eve Chiapello

Lisa Knoll: lisa.knoll@uni-hamburg.de, Eve Chiapello: eve.chiapello@ehess.fr

Der Social Impact Bond (sozialer Wirkungskredit) ist eine neue Finanzierungsform für wohlfahrtsstaatliche Programme. Das Neue ist, dass er das anlagesuchende Kapital in die Finanzierung staatlicher Wohlfahrtsprogramme einbindet und Zinsen im Erfolgsfall (bei sozialer Wirkung) verspricht. Hinter diesem Label verbergen sich jedoch sehr heterogene Vertragskonstrukte, die sich in den jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen Kontext über Kompromiss- und Abgrenzung (Kritik) einfügen müssen. Um diese kritische Dynamik zu erfassen, die der Impact Bond bei seiner Implementierung entfaltet, schlägt dieser Beitrag das analytische Instrumentarium der Wohlfahrtskonventionen vor. Wohlfahrtskonventionen beantworten die Frage nach dem sozialen Problem und seiner Lösung unterschiedlich. Sie etablieren je eigene finanzielle Relationen (Steuern, Kredit, Pay-for-Success, Spenden, etc.), beanspruchen unterschiedliche Wissensformen (Statistiken, Methoden, Daten) und bestimmen auf je eigene Weise wer oder welche gesellschaftlichen Instanzen in der Verantwortung stehen, sich zu kümmern (Philantropen, Investoren, Makroökonominnen, Psychologen, die Gemeinschaft, gewählte Politikerinnen, etc.). Bei Implementierungsversuchen von Social Impact Bonds müssen diese Wohlfahrtskonventionen verhandelt werden. Dies kann dazu führen, dass die Implementierung von Impact Bonds scheitert, und ganz andere Wohlfahrtsprogramme entstehen, es kann dazu führen, dass Impact Bonds implementiert werden, jedoch unter Zurückweisung hoher Gewinne, und es kann dazu führen, dass Investoren mit sehr hohen Gewinnen rechnen können. Im Modus der Umarmung verändern sich also einzelne Impact Bonds aber eben auch der Diskurs bestehender Wohlfahrtsregime.

Wer umarmt wen? Kapitalismus(kritik) und Grundeinkommen

Mechthild Bock

Mechthild Bock: bockmecx@hu-berlin.de

Die Grundeinkommensbewegung hat sowohl Ursprünge in Erwerbsloseninitiativen, die sich in den 1980er Jahren in der BRD gründeten, als auch in Gruppen, die sich aus Protest gegen die Hartz-Gesetzgebung der Schröder-Regierung formierten. Mein Vortrag wird die Grundeinkommensbewegung als soziale Bewegung vorstellen und dabei die Frage erörtern, ob deren Forderungen und Aktionen in einer Umarmung durch kapitalistische Wirtschaftsformen verharren oder ob sie sich einer derartigen Umarmung zumindest teilweise entziehen (können). Die Erörterung soll am Beispiel der Crowdfunding-Initiative „Mein Grundeinkommen“ erfolgen, die 2013 in Berlin gegründet wurde. Die Initiative bedient sich in ihrer täglichen Arbeit typisch marktwirtschaftlicher Mittel: sie beschäftigt Angestellte, sie betreibt eine Internetseite, sie verkauft Publikationen. Ihr erklärtes Ziel und ihr Vorgehen, nämlich die Verlosung eines einjährigen Bedingungslosen Grundeinkommens an möglichst viele Menschen, sind jedoch nicht einfach als kapitalistisch-marktwirtschaftliches Handeln zu fassen. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen:

Gibt es Phänomene/Akteure, die sich einer Einverleibung durch die kapitalistische Wirtschaftsweise strukturell entziehen? Können kapitalismuskritische Akteure nur einzelne Pfeiler, auf denen zeitgenössische kapitalistische Gesellschaften ruhen, abtragen und damit einen Wandel befördern, der zunächst wie eine Umarmung des Kapitalismus aussieht, die dieser jedoch in seiner jetzigen Form nicht überdauern wird? Mit einem dergestaltigen Wandel ginge eine Neubewertung von Zeit – anstelle von Geld – als Wohlstandsindikator einher.

Meine These lautet: Die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens ist zunächst einmal keine dezidiert kapitalismuskritische Idee, aber sie kann, indem sie die Kerninstitution kapitalistischer Gesellschaften – nämlich den Arbeitsvertrag – grundlegend hinterfragt, eine radikale Transformation gegenwärtiger kapitalistischer Marktgesellschaften einleiten. Eine derart radikale Perspektive vermögen viele explizit kapitalismuskritische Akteure nicht einzunehmen oder anzubieten.